

Die Verkehrsgewerkschaft GDBA hat Forderungen der DB AG, die Arbeitszeit auf 40 Stunden zu erhöhen, umgehend zurückgewiesen. Auch Pläne zur Reduzierung von Zulagen stoßen auf scharfe Kritik. Der Konzern gefährdet damit den sozialen Frieden im eigenen Haus, kritisierte der Bundesvorsitzende Klaus-Dieter Hommel.

Wenn das die Antwort auf unsere Forderung ist, das Beschäftigungsbündnis bis 2010 zu verlängern, dann stehen uns harte Auseinandersetzungen bevor, machte Hommel deutlich. Die Gewerkschaften hatten den Bahnvorstand jüngst erst aufgefordert, den Ende dieses Jahres auslaufenden Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen bis Ende des Jahrzehnts zu verlängern.

„Nur Mitarbeiter, die nicht um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen, sind motiviert und motivierte Mitarbeiter braucht die Deutsche Bahn, nach den schweren Zeiten, die hinter dem Unternehmen und vor allem den Beschäftigten liegen“, machte Hommel deutlich.

Der Bundesvorsitzende der Verkehrsgewerkschaft GDBA verwies auf die Leistungen der Beschäftigten in den zurückliegenden Jahren: „Der Arbeitsdruck hat zugenommen, die Produktivität wurde erheblich verbessert.“ Es kann nicht sein,

Arbeitszeitverlängerung bedroht sozialen Frieden



Mit seiner Forderung, die Arbeitszeit auf 40 Stunden zu erhöhen, provoziert der Vorstand der DB AG die Eisenbahner. Die Verkehrsgewerkschaft GDBA richtet sich schon jetzt auf schwierige Verhandlungen ein.

dass es nun „im Schweinsgalopp in Richtung Börse“ geht und die Interessen der Mitarbeiter auf der Strecke bleiben. „Wenn das die Perspektiven sein sollen, dann provoziert die Bahn ernsten Streit“, warnte Klaus-Dieter Hommel. Die Verkehrsgewerkschaft GDBA richtet sich schon jetzt auf schwierige Verhandlungen ein.

Die werden wohl auch geführt werden müssen, denn der Bahnvorstand will eine Verlängerung des Verzichts auf betriebsbedingte Kündigungen an Bedingungen knüpfen, die von den Gewerkschaften nicht mitgetragen werden. Dabei war das bisherige „Beschäftigungsbündnis Bahn“ eine grundsätzliche Voraussetzung dafür, dass die Mitarbeiter der DB AG den schwierigen Weg des Umbruchs – trotz sozialer Härten – mitgegangen sind.

Auch über das Jahr 2004 hinaus stehen langfristige Veränderungen im Konzern an, die sich sowohl mittel- als auch unmittelbar auf die Arbeitsplätze der Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

nehmer auswirken. Externe Einflüsse, wie sinkende Investitionsmittel des Bundes oder der geplante Börsengang, führen zur Unruhe und Verunsicherung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Um die weiteren Prozesse der Veränderungen bewältigen zu können, braucht die Deutsche Bahn qualifizierte und motivierte Mitarbeiter, die sich bei der Fortführung der Bahnreform nicht um die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze fürchten müssen. Deshalb haben die Verkehrsgewerkschaft GDBA und die Gewerkschaft Transnet den Bahnvorstand aufgefordert, einen Beschäftigungssicherungstarifvertrag mit folgenden Inhalten zu vereinbaren:

- ❑ Ausschluss betriebsbedingter Beendigungskündigungen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im DB Konzern bis zum 31. 12. 2010.
- ❑ Neugestaltung des konzernweiten Arbeitsmarktes unter Einbeziehung eines Qualifi-

zierungsprogramms mit dem Ziel, bei Arbeitsplatzverlusten die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder auf Regelarbeitsplätzen unterzubringen.

- ❑ Abschluss eines Qualifizierungstarifvertrages, der eine umfassende berufliche und persönliche Weiterentwicklung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bahnkonzern fördert.
- ❑ Mitbestimmung der Betriebsräte bei der Personalplanung.
- ❑ Verzicht auf Fremdvergabe von Leistungen und Rückführung von bereits vergebenen Leistungen in Unternehmen des Bahnkonzerns.
- ❑ Erfolgsbeteiligung der Mitarbeiter am Konzernergebnis.

GDBA und Transnet erwarten vom Bahnvorstand, dass entsprechende Tarifverhandlungen zeitnah aufgenommen werden. Das Forderungspaket, das die DB AG stattdessen auf den Tisch legte, kann keine Grundlage für ein neues Beschäftigungsbündnis sein.